



(2)

AB

Beschluss-(Resolutions-)antrag

der ÖVP-Abgeordneten Dr. Matthias TSCHIRF und Dr. Wolfgang ULM, eingebracht in der Sitzung des Wiener Landtages am 22.11.2007 zu Post 14 der Tagesordnung,

betreffend Auslandslandesbürger-Wahlrecht in Wien

Die Wahlrechtsreform auf Bundesebene ermöglichte nicht nur die Einführung der Briefwahl auf Landes- und Gemeindeebene, sondern auch die Einführung des Wahlrechts für Landesbürger, die ihren Wohnsitz seit einiger Zeit bereits ins Ausland verlegt haben.

Art. 95 Abs. 1 B-VG sieht vor:

„(...) Die Landesverfassung kann vorsehen, dass auch Staatsbürger, die vor Verlegung ihres Hauptwohnsitzes in das Ausland, einen Wohnsitz im Land hatten, für die Dauer ihres Auslandsaufenthalts, längstens jedoch für einen Zeitraum von zehn Jahren, zum Landtag wahlberechtigt sind.“

Die Einführung der Briefwahl, die in der heutigen Sitzung des Wiener Landtags auch in Wien eingeführt wird, stellt eine Erleichterung für die Wienerinnen und Wiener dar, von ihrem Stimmrecht Gebrauch zu machen. Das Modell hat sich in zahlreichen reifen Demokratien Europas bestens bewährt und wird von den Bürgerinnen und Bürgern hervorragend angenommen.

Die Novelle sollte aber auch dafür genutzt werden, das Auslandslandesbürger-Wahlrecht in Wien einzuführen. Wienerinnen und Wiener, die in heutiger Zeit, die von privater und beruflicher Mobilität geprägt ist (was von unserem europäischen Verständnis her auch begrüßenswert ist und auch Teil der Erfolgsgeschichte der EU ist), ihren Wohnsitz ins Ausland verlegt haben, aber noch immer über eine starke Nahebeziehung zu ihrem Heimatbundesland besitzen, sollten im Rahmen des vorgegebenen Zeitraumes auch das Wahlrecht bei den Wiener Gemeinderatswahlen erhalten.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Landtages für Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Der Wiener Landtag spricht sich für die Einführung des Auslandslandesbürger-Wahlrechts aus.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Ausschuss der Geschäftsgruppe „Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal“ verlangt.

Wien, 22.11.2007